Widerspruch

www.dielinke-oder-spree.de

23. Jahrgang

Oktober 2014

Landtagswahl 2014

- … wir haben als LINKE noch eine Menge zu tun in Oder-Spree *Seite 2*
- Ein konservativer Ruck in Brandenburg? *Seite 4*

Aus dem Kreistag LOS

- Was immer ich auch noch lerne … *Seite 8*
- Antrag „Angemessene Kosten der Unterkunft“! *Seite 9*

Schöneiche, Woltersdorf

- Ein Leben für die Landwirtschaft *Seite 10*
- LINKE-Initiative: Baby-Begrüßung auf der Zielgeraden *Seite 15*

SPD und DIE LINKE in Koalitionsverhandlungen

Die Verhandlungsgrundlagen der LINKEN sind die elf Vorhaben für ein soziales Brandenburg, die den Kern unseres Wahlprogramms bilden. Es sind Schlüsselprojekte, die das ganze, weite Feld der Landespolitik abdecken und dafür sorgen sollen, dass Brandenburg ein sozialeres, ökologischeres und gerechteres Land wird. Es geht um gute Arbeit und gute Löhne, um bessere Schulen und Kindergärten, um die Energiewende, ums Wohnen und um die Gesundheitsversorgung – um nur einige Punkte zu nennen.

Unsere Verhandlungsgruppe trifft sich jeweils einen Tag vor den Verhandlungen mit bisherigen und jetzigen Abgeordneten der Landtagsfraktion, Bundestagsabgeordneten, den bisherigen Ministern, dem geschäftsführenden Landesvorstand und weiteren Expertinnen und Experten zum jeweiligen Themengebiet, um die Verhandlungsrunde thematisch vorzubereiten. Die Auswertung der Verhandlungen erfolgt in enger Abstimmung und mit regelmäßiger Rückkopplung in den Landesvorstand.

Die Mitglieder der Verhandlungsgruppe der LINKEN, v.l.: Gerrit Große (MdL, Bildungsexpertin), Margitta Mächtig (Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE), Christian Görke (Verhandlungsführer, Landesvorsitzender DIE LINKE, Finanzminister), Kirsten Tackmann (MdB, Mitglied im Landesvorstand), Helmuth Markov (Justizminister, stellvertretender Ministerpräsident). Nicht auf dem Bild: Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL, Potsdamer Direktkandidat)

Bisherigen Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen sind u. a.:

- Brandenburg startet eine Offensive für gute Bildung und längeres gemeinsames Lernen. Der Betreuungsschlüssel bei den bis dreijährigen Kindern wird in den nächsten Jahren auf 1 : 5 gesenkt und bei den drei- bis sechsjährigen auf 1 : 11. Brandenburgs Schulen bekommen mehr Sozialarbeiter. Dazu wird das 510-Stellen-Programm um 100 Stellen auf dann 610 aufgestockt. 4 300 neue Lehrer wird es für Brandenburg in den nächsten Jahren geben und längeres gemeinsames Lernen wird möglich. Schulen können sich zusammenschließen – nicht durch Verordnung von oben, sondern durch Impulse aus der Region.
- Beide Seiten wollen Initiativen zur Rentenangleichung zwischen Ost und West (einschließlich der Mütterrente) im Bund ergreifen. Alle Brandenburger Krankenhäuser sollen erhalten werden. Sie werden als Anker der ambulanten Versorgung in unserem Flächenland mit einer Investition von 400 Millionen Euro aus landeseigenen Mitteln gestärkt. Das Modellprojekt Agnes wird auf ganz Brandenburg ausgeweitet und die medizinischen Versorgungszentren werden gestärkt. Die „Netzwerke für gesunde Kinder“ werden landesweit ausgebaut und mit zusätzlich zwei Millionen Euro pro Jahr unterstützt.
- Beim Thema Asyl gibt es Übereinkunft, die sozialpsychologische Betreuung zu verbessern – insbesondere die Bildungsangebote für Kinder. Die rot-rote Landesregierung wird die Kommunen bei der Schaffung von menschenwürdigen Unterkünften unterstützen.
- DIE LINKE und SPD wollen die Erhöhung des Mindestlohns bei öffentlichen Aufträgen und das Festhalten an den Klimazielen.

Weitere Informationen im Internet unter: *www.dielinke-brandenburg.de/landtagswahl_2014/wahl_aktuell*

Zeichnung: Gertrud Zucker

DIE LINKE.
Kreisverband Oder-Spree

von
Peer Jürgens,
Vorsitzender
DIE LINKE Landkreis Oder-Spree

„... wir haben als LINKE noch eine Menge zu tun in Oder-Spree."

Eine erste Auswertung der Landtagswahl 2014 im Oder-Spree-Kreis

Den Abend des 14. Septembers hatten sich sicher viele anders vorgestellt. DIE LINKE in Brandenburg hat 8,6 Prozent verloren – so viel wie noch nie. In Oder-Spree ist unser prozentuale Verlust mit 10,3 Prozent sogar noch etwas höher. Dafür gibt es nicht den einen Grund und dafür gibt es nicht den einen oder die eine Verantwortliche/n. Und dennoch gibt es allgemeine, konkrete und strukturelle Gründe, die zu dem Ergebnis geführt haben und die zu analysieren notwendig sind.

1. Brandenburg

DIE LINKE hat erstmal einen Landtagswahlkampf als Regierungspartei geführt. Die Ausgangsbedingungen nach fünf Jahren Rot-Rot waren so schlecht nicht: eine enorm hohe Zufriedenheit mit der Landesregierung, sehr gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen, objektive, erfolgreiche Politik und noch bis zur letzten Woche für uns Umfragewerte von rund um 22 Prozent.

- **Wahlberechtigte:** 2.094.455
- **Wähler:** 1.002.800
- **Wahlbeteiligung:** 47,9 Prozent (2009: 67,5 Prozent)

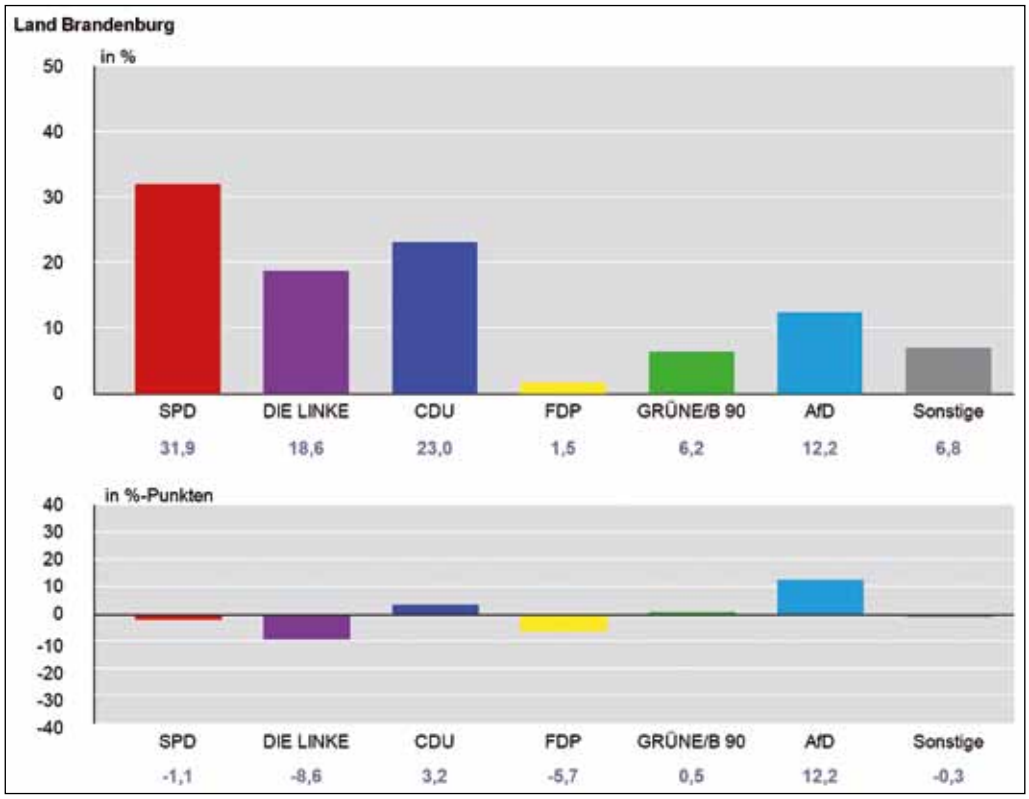
Am Wahlabend kam aber die Ernüchterung. Und so müssen wir feststellen, dass uns 130 000 Menschen weniger gewählt haben als 2009. Davon sind einige zu anderen Parteien abgewandert, aber der übergroße Teil (113 000) sind nicht mehr wählen gegangen. Das hat unterschiedliche Gründe:

- Ganz objektiv konnten einige unser ehemaligen WählerInnen nicht mehr ihre Stimme abgeben, weil sie inzwischen gestorben sind.
- Wir haben als Regierungspartei kaum noch das Protestwähler-Klientel ansprechen können, die uns sonst als „Stachel im System" gewählt haben.
- Etliche werden sich enttäuscht abgewandt haben, weil wir nach – auch medial stark befeuerten – „Skandalen" (Vorwürfe an den Wirtschaftsminister im Zusammenhang mit der Insolvenz der Odersun AG, Rücktritt des Justizministers Schöneburg, Vertrag für Fotos beim Finanzministerium, Streit um Bezahlung von Staatssekretären u. a.) genauso als „normale" Partei erscheinen:
- Viele sind sicherlich zu Hause geblieben, weil sie von konkreter Regierungsarbeit enttäuscht sind. Das sind Menschen, die sich nach unserem Wahlkampf 2009 etwas erhofft hatten und wir zum Einen nicht gehandelt haben (z. B. Altanschließer) und zum Anderen, wo wir anders gehandelt haben als sich das Menschen nach dem Wahlkampf 2009 versprochen hatten (z.B. CCS, BER-Nachtflugverbot, Braunkohle). Diese Enttäuschung beschränkt sich dabei nicht nur auf die direkt Betroffenen, sondern wirkt als „unglaubwürdig" landesweit.

Wir haben es im Kern nicht vermocht, über unser Stammklientel hinaus Menschen für uns zur Wahlurne zu mobilisieren. Einer der wichtigsten Gründe dabei war sicherlich, dass wir in den vergangenen fünf Jahren nicht ausreichend erklärt haben, warum eine Stimme für DIE LINKE wichtig oder notwendig ist. Wir haben es über den gesamten Zeitraum der Wahlperiode nur bedingt vermocht, klar herauszustellen, was der LINKE-Anteil an dieser Regierung ist. Wir haben es im Wahlkampf nicht geschafft, die bestehende Zufriedenheit mit der LINKEN zu verknüpfen. Und wir haben es nach einem guten Start in den ersten Monaten nicht mehr geschafft, mit den Menschen kontinuierlich und glaubhaft in einen Dialog zu treten.

Das sind Missstände, die in den kommenden fünf Jahren dringend verbessert werden müssen – unabhängig ob in Regierung oder Opposition.

Ein weiteres Problem lag in der Wahlkampf-Kampagne selbst. Obwohl wir die richtigen Themen gesetzt haben und sich unsere Plakate auch abhoben von den anderen, so war unsere Kampagne sehr rational und faktenbasiert. Es fehlte eine emotionale Ansprache. Und es mangelte in den letzten, in den entscheidenden Tagen an einem mobilisierenden Thema. Ansonsten war das Material ansprechend und gut einsetzbar.



Quelle: https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/LT2014/ErgebnisUeberblick.asp?sel1=1253&sel2=0651

Die detaillierten Ergebnisse zeigen aber vor allem zwei Schwachstellen in der Wählerschaft: Menschen unter 25 Jahren und Menschen (junge Familien) zwischen 30 und 45 Jahren. Erstens hatte die Partei kein ausreichendes inhaltliches Angebot für junge Familien, für Menschen mit kleinen Kindern. Zweitens hat die Partei eine kontinuierliche Schwäche bei Jungwählerinnen und Jungwählern. Gerade nach der Senkung des Wahlalters fällt diese Lücke nochmal besonders auf. Hier muss ernsthaft die Frage nach der Wirksamkeit der letzten Jugendwahlkampagnen gestellt werden. Mit der Art und Weise des von der Linksjugend betriebenen Wahlkampfes erreichen wir die nötige Zielgruppe offenbar nicht mehr.

2. Landkreis Oder-Spree

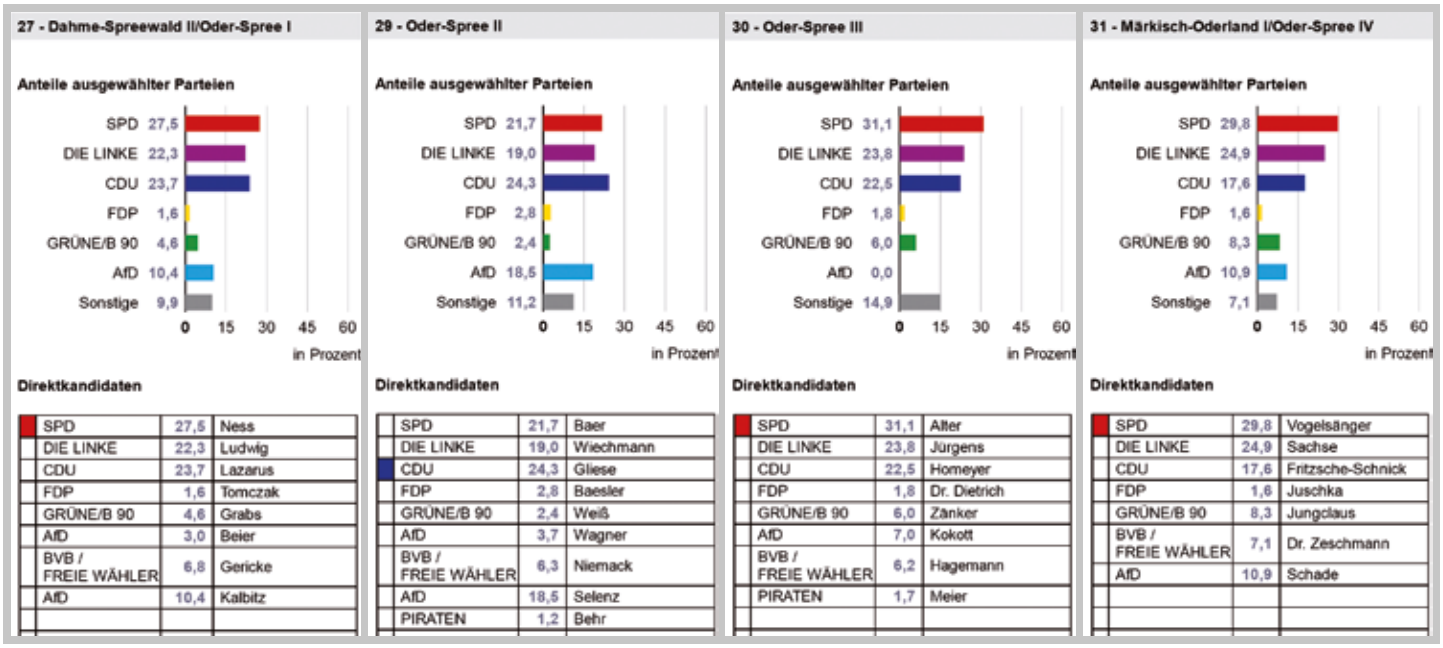
Ausgehend vom Landestrend zeigt sich in Oder-Spree größtenteils eine ähnliche Tendenz. Bei der Zweitstimme liegen wir in den Berlinnahen Gebieten zum Teil deutlich über dem Schnitt im Landkreis. Mit Ausnahme von Eisenhüttenstadt werden unsere Ergebnisse aber schwächer, je weiter man nach Osten kommt. Bezogen auf die Erststimme konnten unsere Kandidatin und Kandidaten in der Regel ein ähnliches Niveau erreichen wie die Partei. Es gibt regionale Ausnahmen, so konnte Heidi Wiechmann in Eisenhüttenstadt, Brieskow-Finkenheerd und Friedland bis zu drei Prozent mehr als die Partei holen. Gänzlich anders ist das Ergebnis im Wahlkreis 30, hier konnte Peer Jürgens durchgängig mindestens vier Prozent mehr als die Partei für sich gewinnen, in Rietz-Neuendorf und Steinhöfel sogar deutlich über fünf Prozent. Das zeigt, dass langfristiges Engagement durchaus belohnt wird – aber weder Heidi Wichmann noch Stefan Ludwig oder Bernd Sachse konnten länger vor der Wahl in ihren Wahlkreisen aktiv sein.

Nachdenklich stimmt das Ergebnis der AfD, gerade im grenznahen Raum. In Neuzelle oder Brieskow-Finkenheerd lag deren Anteil deutlich über dem Landesschnitt. Die Stimmungsmache bei den Themen Sicherheit und Asyl hat offenbar gut funktioniert.

Unsere Aktivitäten waren – auch verglichen mit anderen Kreisverbänden – zahlreich, einige Aktionen zu bestimmten Themen fanden ebenso statt wie thematische Veranstaltungen oder Veranstaltungen mit Prominenz. Und dennoch haben auch wir in Oder-Spree es nicht geschafft, durch eigene Impulse eine Mobilisierung – gerade zum Wahltag hin – zu erreichen. Hierzu müssen wir uns in Zukunft noch stärker Gedanken machen.

In der Auswertung – im Kreisvorstand und auch mit den Ortsvorsitzenden – wurde die inzwischen kritische Personalsituation deutlich. Wir mussten unsere Wahlzeitung in rund der Hälfte der Fläche des Landkreises professionell verteilen lassen, oft war es das einzige Mal, dass unsere Wahlwerbung in den Briefkästen ankam. Wir haben das versucht, mit Artikeln und Anzeigen in den kostenlosen Zeitungen zu kompensieren, das stößt aber an finanzielle Grenzen. Noch größer waren die Probleme hinsichtlich der Plakatierung. Erstmals mussten wir Hilfe aus einem benachbarten Landesverband der LINKEN annehmen, ganze Gemeinden wurden durch das Engagement von Einzelnen plakatiert. Dieser Kraftakt ist 2017 im Bundestagswahlkampf noch schwerer zu leisten. Insgesamt war aufgrund der Wahlkämpfe im Herbst 2013 und im Frühjahr 2014 die Beteiligung von Genossinnen und Genossen sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten am Wahlkampf verständlicherweise geringer – die Luft war einfach raus. Das machte sich auch in der unterschiedlich stark ausgeprägten Wahlkampf-Intensität der Ortsverbände bemerkbar. Und dennoch will ich im Namen des Kreisvorstandes DANKE sagen! Ohne eure Unterstützung wäre der Wahlkampf nicht machbar gewesen! Danke dafür!

Lasst uns gemeinsam das Ergebnis und unseren Wahlkampf auswerten, auch mit kritischen Worten. Lasst uns die richtigen Schlussfolgerungen daraus ziehen. Aber lasst uns trotz des Ergebnisses mit erhobenem Kopf nach vorne schauen – wir haben als LINKE noch eine Menge zu tun in Oder-Spree.



Quelle: https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/LT2014/ergebnis/karten/E5_LT14_ltgwkr_erst_Karte.asp?sel1=1253&sel2=3005

Ein konservativer Ruck in Brandenburg?

Thomas Nord zur Wahlniederlage der Linkspartei in Brandenburg

von
Thomas Nord,
Mitglied des Bundestages, Fraktion DIE LINKE, ordentliches Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie; Bundesschatzmeister und Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der Partei DIE LINKE

Kontakt:
Wahlkreisbüro des MdB Thomas Nord
Eisenbahnstr. 146,
15517 Fürstenwalde
Tel: (0 33 61) 34 26 18
Fax: (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de
Internet: www.thomas-nord.de

Der Bundestagsabgeordnete Thomas Nord (LINKE) war von 2005 bis 2012 Landesparteivorsitzender in Brandenburg. 2014 wurde er Bundesschatzmeister und kehrte außerdem in den Landesvorstand zurück.

Gastkommentar in der Tageszeitung „neues deutscxhland“, Berlin-Ausgabe vom 22. September 2014

DIE LINKE hat am 14. September in Brandenburg eine Wahlniederlage erfahren. Angenehm im Landesverband ist: niemand leugnet das. Fast alle handelnden Personen bei der Brandenburger LINKEN sind sich in diesem Punkt einig und versuchen, kritisch und selbstkritisch, aber eben auch solidarisch, die Ursachen zu analysieren und zugleich das aktuell notwendige politische Handeln nicht aus dem Auge zu verlieren. Gut ist auch: es gibt in diesen Debatten unter den Brandenburgern ausgesprochen selten Belehrungen oder Besserwisserei, sondern ernsthaftes Bemühen, Probleme zu benennen und ihre Relevanz abzuwägen. Das ist die zentrale Herausforderung, um zu richtigen Schlussfolgerungen zu kommen. Dabei fließen natürlich individuelle Positionen und Interessen in die jeweilige Betrachtung mit ein. Daher sind in der Debatte verschiedene Probleme in der Sache unstrittig, aber ihr Anteil am Wahlergebnis wird unterschiedlich bewertet.

Wählerverhalten

Zu diesen Punkten gehört, dass die Mobilisierungsfähigkeit der LINKEN nicht nur in Brandenburg seit Jahren systematisch zurückgeht. Bei Bundestagswahlen gibt es diesen Trend seit 2005, also seit dem Abschwellen der Proteste gegen Hartz IV, die 2004 von der PDS aufgenommen wurden. Beginnend mit leichten Verlusten, hat diese Entwicklung der Gesamtpartei nach 2009 bis zu den Wahlen 2013 zum Verlust eines Viertels der damaligen Wählerinnen und Wähler geführt. Dieser Trend konnte bei den Kommunal- und Europawahlen im Mai des Jahres und nun bei den Landtagswahlen nicht aufgehalten werden. Die absolute Zahl der Zweitstimmen liegt bei den Europa- und den Landtagswahlen identisch bei 183 000 Stimmen. Die Partei wird im Land also zurzeit auf kommunaler-, Bundes- und Landesebene von ziemlich genau denselben Wählerinnen und Wählern gewählt – und von einem Teil derjenigen, die 2013 für uns auf Bundesebene gestimmt haben, genauso hartnäckig nicht gewählt. Diese blieben 2014 im Wesentlichen zu Hause. Bei der Landtagswahl dürfte dabei auch die scheinbare Koalitionsaussage des Ministerpräsidenten eine demobilisierende Rolle gespielt haben.

Würdigung der Regierungsarbeit

Unabhängig davon nehme ich im Landesverband ein kritisches Bewusstsein dafür wahr, dass auch Probleme in der Regierungsarbeit einen Teil der Demobilisierung verursacht haben. 2009 gab es zehn Prozent unserer Wählerinnen und Wähler, die keine Regierungsbeteiligung wollten. Sie konnten durch die Regierungspraxis nicht vom Gegenteil überzeugt werden. In der Öffentlichkeit steht dafür insbesondere die Auseinandersetzung um die Braunkohle. Die Debatte war in der Sache oft eine um die Glaubwürdigkeit der Partei. Sie überlagerte mitunter den Einsatz für andere Interessen unserer Wählerinnen und Wähler. Hinzu kam, dass sich DIE LINKE als Juniorpartner in der Regierung, trotz oft harten Kampfes, nicht immer durchsetzen konnte. Da ist die Blockade des Nachtflugverbots durch die Gesellschafter Bund und Berlin, das Gezerre um den BER und den Schallschutz, die langjährige Auseinandersetzung um Altanschließerbeiträge und die widersprüchliche Debatte um die Polizeireform. Dort wo Rot-Rot, nicht zuletzt durch den Einsatz der LINKEN, unzweifelhafte Erfolge generieren konnte, waren diese nicht immer vor Ort konkret erfahrbar oder wurden als selbstverständlich empfunden. Das zeigt sich beispielsweise an Debatten um Unterrichtsausfall, trotz vieler neuer Lehrerinnen und Lehrer, um Überlastung von Kitaerzieherinnen und Erzieher, trotz vieler neuer Kolleginnen und Kollegen, um nicht geschlossene Amtsgerichte und Polizeiwachen usw.

Wahlkampagne

In dieser Situation, die nicht ignoriert wurde, haben wir in den Wahlkampagnen 2014 auf unsere soziale Kernkompetenz gesetzt. Ein höherer Mindestlohn bei öffentlichen Vergaben, gute Arbeit, mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr Kitaerzieherinnen und Erzieher, mehr Geld für die soziale Infrastruktur der Kommunen usw. stehen dafür beispielhaft. Unsere Arbeit in den vergangenen Jahren konnte in diesen Bereichen glaubwürdig vorgetragen werden. Die Erarbeitung dieser Wahlkampagne erfolgte kollektiv, bei Mitwirkung vieler Aktiver sowohl der Landesebene und aller Kreisverbände. Viele im Landesverband haben gemeinsam mit voller Kraft und einem Spitzenkandidaten gekämpft, dessen Popularitätswerte möglicherweise gerade deshalb die bisher höchsten waren und gegen den Trend im Wahlkampf gestiegen sind. Trotzdem: Alle Kampagnen 2014 haben ihr Ziel, das Wählerpotenzial der Partei voll zu mobilisieren, verfehlt. Der Einsatz für soziale Gerechtigkeit entfaltet zurzeit nicht die Kraft wie in der Vergangenheit. Eine Rolle spielt dabei der gesunkene Glaube an wirkliche Veränderungen bei Betroffenen. Mir ist das gerade bei ALG-2-Empfängerinnen und -Empfängern oft begegnet.

Zu den wichtigen Gründen, warum diese Kampagnen nicht ausreichend gegriffen haben, gehört aber nicht zuletzt, dass die zentralen Themen dieses Wahlkampfes von der politischen Rechten vorgegeben wurden und auf fruchtbaren Boden fielen. Offene und verdeckte Ressentiments gegen Flüchtlinge, das Bedienen von Ängsten in den Grenzregionen, Wohlstandschauvinismus, die Propagierung autoritärer, armutsverachtender Politikmuster hatte und hat Konjunktur. AfD und Teile der CDU agierten hier oft arbeitsteilig und haben einen guten Teil des zivilisatorischen Fortschritts im Kampf für ein tolerantes Brandenburg geschliffen. DIE LINKE kann diese Stimmungen nicht bedienen. Sie steht für das Gegenteil, und es ist unsere Pflicht, für ein tolerantes, weltoffenes und solidarisches Brandenburg einzutreten. In Stimmen wird sich das auf absehbare Zeit nicht auszahlen. Bei allem, was wir besser machen können, an dieser Stelle sind Kompromisse nicht möglich. Auch nicht gegenüber den Wählerinnen und Wählern die zu Hause geblieben sind, weil wir an dieser Stelle so bleiben, wie wir sind.

DOKUMENTIERT

Leserbrief zu „Ein konservativer Ruck in Brandenburg?“

von Gottfried Walther, Erkner; in der Tageszeitung „neues deutschland“ am 25. September 2014

Thomas Nord nennt zweifellos wichtige Gründe, weshalb DIE LINKE in Brandenburg ihr Wahlziel bei der Landtagswahl nicht erreicht hat. Vor allem „der gesunkene Glaube an wirkliche Veränderungen“ mache ihr zu schaffen.

„Wir werden in Regierungsverantwortung als Teil ›derer da oben‹, als Teil dieses Systems wahrgenommen, können unsere Wahlversprechen nur in marginalem Umfang umsetzen.“ Das Grundproblem nennt er aber nicht. In einer Gesellschaft, in der die Erzielung von Maximalprofit Antrieb jeder wirtschaftlichen Tätigkeit ist, kann unser Hauptziel, soziale Gerechtigkeit, kaum realisiert werden. Auch Minister der LINKEN sind dem Druck der Lobbyisten von Interessengruppen der wirklich Mächtigen unterworfen. Diese Erfahrung ist nicht neu. Andere, einst starke linke Parteien in mehreren Ländern Europas sind an diesem Spagat zerbrochen.

Losung: Weiter so

Ohne Konsequenzen – das Wahldesaster der Linkspartei in Brandenburg
Von Matthias Krauß, Journalist, Potsdam; aus „junge Welt“ vom 30. September 2014

Der Absturz der brandenburgischen Linkspartei bei der Landtagswahl am 14. September sucht seinesgleichen, ein Drittel der Wähler von 2009 hat ihr nicht mehr die Stimme gegeben. Die Zustimmung sank von über 25 Prozent auf 18,6. Und nur dem extremen Rückgang der Wahlbeteiligung von 67 auf 48 Prozent ist zu danken, dass das Ergebnis nicht noch viel drastischer war. DIE LINKE erhielt die Quittung für fünf Jahre Regierungsbeteiligung, die – wirtschaftlich gesehen – Aufschwungjahre waren. Mit atemberaubender Geschwindigkeit haben SPD und LINKE in den vergangenen Tagen erneut zueinander gefunden. Dass sich eine neue rot-rote Landesregierung nur noch auf drei Stimmen Mehrheit im Landtag stützen kann, scheint keine der beiden Parteien zu stören.

Offenbar bleibt bei diesem Galopp keine Zeit für DIE LINKE-Führung, das vernichtende Resultat der Landtagswahl zu analysieren. Bis heute hat sie das öffentlich nicht einmal ansatzweise getan. Den Akteuren sei verziehen, dass sie am Wahlabend sprachlos waren und sich auf diesen Wahlausgang keinen Reim machen konnten. Dass aber zwei Wochen später nicht einmal der Hauch einer Begründung vorhanden ist, ist nicht entschuldbar. Was von Parteispitze und Fraktion zu vernehmen ist: Wir haben richtig gehandelt. Weiter so. Fraktionschefin Margitta Mächtig verschob die Analyse des Fiaskos in die Zukunft: „Die Fraktion hat das Wahlergebnis bewertet und mit einer selbstkritischen Analyse begonnen. Zwischen uns und den Wählerinnen und Wählern haben offensichtlich Defizite, Blockaden und Enttäuschungen gestanden, die wir näher und besser verstehen müssen.“

Justizminister Helmuth Markov und Landeschef Christian Görke sehen DIE LINKE gar in einer „stabilen“ Situation. Alle 17 verbliebenen Abgeordneten (minus neun) und auch die große Mehrheit in der Landesspitze haben sich dafür ausgesprochen, mit der SPD ernsthaft über die Fortsetzung der Regierung zu verhandeln. DIE LINKE-Führung scheint entschlossen, eine Politik fortzusetzen, die ihr vom Wähler übel genommen wurde. Wenn die Verantwortlichen mit nichts anderem als damit vor ihre Basis treten, dann ist das ein Ausdruck dafür, wie tief sich die Handelnden von den Problemen der Brandenburger entfernt haben. Und das betrifft längst nicht nur den Kurswechsel in der Kohlepolitik.

Welches Bild hat DIE LINKE in der Regierung geboten? Ist Brandenburg wirklich gerechter geworden? Wer hat vom wirtschaftlichen Aufschwung profitiert und wer nicht? Für den öffentlichen Dienst Brandenburgs gab es nette Geschenke der Landesregierung – weniger Arbeitsstunden, mehr Geld. Das ungerechte Beamtenkindergeld ist nicht etwa abgeschafft, sondern noch erhöht worden. In der gewerblichen Wirtschaft des Landes stieg derweil der Lohn in den vergangenen fünf Jahren um gerade einmal 100 Euro, das heißt, die Kaufkraft ist sogar noch zurückgegangen. Wie kann es sein, dass Sozialminister Günter Baaske (SPD) wenige Tage vor der Wahl gegen eine ungerechte Zwei-Klassen-Medizin wetterte und dagegen, dass sich Begüterte aus der Sozialversicherung stehlen können und arme Menschen aus Kostengründen auf wichtige medizinische Hilfen verzichten? Und das, während das von den LINKEN geführte Gesundheitsministerium einen „Erfolg“ nach dem anderen präsentierte. Es geht dem Wähler nicht so sehr darum, dass eine Landesregierung alle seine Probleme löst. Sondern darum, dass er sich verstanden und ernst genommen fühlt.

DIE LINKE hat in ihren Potsdamer Regierungsjahren verlernt, soziale Schwierigkeiten anzusprechen. Die vergangenen fünf Jahre in Brandenburg haben die Gutgestellten besser gestellt, die Begüterten noch begüterter gemacht. Diejenigen, die gerade so über die Runden kommen, haben nichts davon. Dieser Eindruck wachsender Ungerechtigkeit wird nicht dadurch umgekehrt, dass Kinder aus ärmeren Schichten nun ein Schüler-BAföG erhalten.

Welches Bild bot DIE LINKE in der Vergangenheitsdebatte? In der Enquetekommission zur „Aufarbeitung“ trat DIE LINKE zurückweichend und windelweich auf. Mit dem Geld der Landesregierung wurde in Potsdam eine Gedenkstätte eröffnet, die nur eine Botschaft hat: Wie böse nach dem Zweiten Weltkrieg Russen mit Deutschen umgegangen sind.

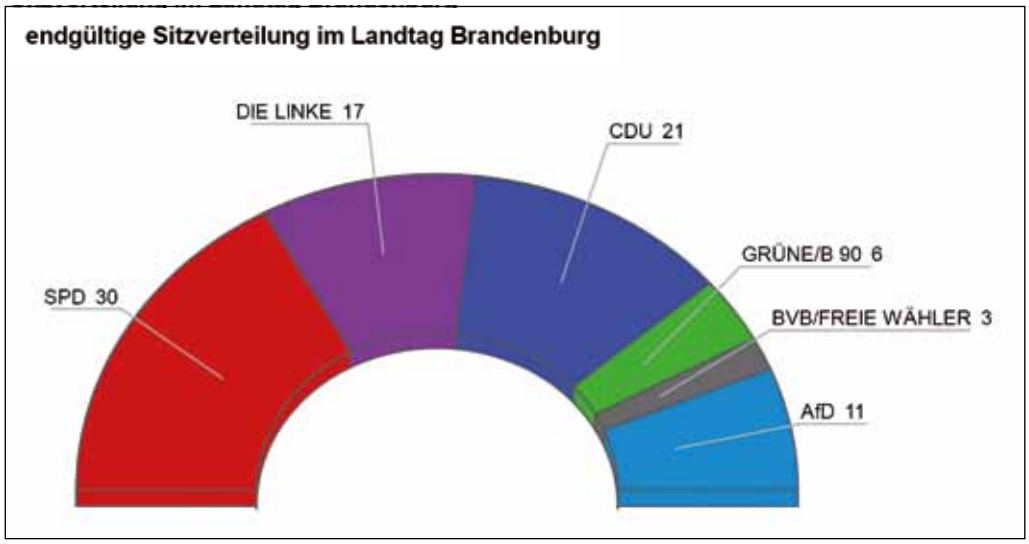
Wenn eine Partei wie DIE LINKE mit diffusen Erwartungen konfrontiert ist, wenn sich bei ihr ein jeder das Seine denkt, dann kann das zu einem Wahlerfolg ebenso beitragen wie zu einem Wahldebakel. Es ist zu hoffen, dass kritische Selbstfindung und ehrliche Bestandsaufnahme die Oberhand gewinnen. Ein neuer Koalitionsvertrag soll diesmal in einer Urabstimmung der Basis vorgelegt werden. Der Ausgang ist offen.

Die 17 Abgeordneten der Partei DIE LINKE im Brandenburger Landtag

Die neue Fraktion im Landtag ist eine bunte Mischung – acht Frauen, sechs „Neulinge“, fünf Abgeordnete unter 40 Jahren, davon die jüngste Abgeordnete des ganzen Parlamentes. Mit dieser Truppe steht für DIE LINKE nun eine schwierige Aufgabe an: Parlaments- und möglicherweise Regierungsarbeit mit mehr Arbeit auf weniger Schultern und auch mit weniger finanzieller Unterstützung. Keine leichtes Unterfangen, aber diese Fraktion wird es meistern.

Die Mitglieder der Fraktion sind:

- **Diana Bader**
  38 Jahre, Doberlug-Kirchhain, Landkreis Elbe-Elster
- **Dr. Andreas Bernig**
  57 Jahre, Kloster Lehnin, Landkreis Potsdam-Mittelmark
- **Ralf Christoffers**
  57 Jahre, Bernau, Landkreis Barnim
- **Kathrin Dannenberg**
  48 Jahre, Calau, Landkreis Oberspreewald-Lausitz
- **Thomas Domres**
  Parl. Geschäftsführer, 44 Jahre, Wittenberge, Landkreis Prignitz
- **Christian Görke**
  Landesvorsitzender, 52 Jahre, Rathenow, Landkreis Havelland
- **Gerrit Große**
  60 Jahre, Oranienburg, Landkreis Oberhavel
- **Andrea Johlige**
  Landesgeschäftsführerin, 37 Jahre, Wustermark, Landkreis Havelland
- **Kerstin Kaiser**
  54 Jahre, Strausberg, Landkreis Märkisch-Oderland
- **Matthias Loehr**
  37 Jahre, Stadt Cottbus
- **Stefan Ludwig**
  47 Jahre, Königs Wusterhausen, Landkreis Dahme-Spreewald
- **Margitta Mächtig**
  Fraktionsvorsitzende, 57 Jahre, Eberswalde, Landkreis Barnim
- **Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg**
  60 Jahre, Stadt Potsdam
- **Dr. Volkmar Schöneburg**
  56 Jahre, Potsdam
- **Anita Tack**
  63 Jahre, Potsdam
- **Isabelle Vandré**
  25 Jahre, Fürstenberg (Havel), Landkreis Oberhavel
- **René Wilke**
  30 Jahre, Frankfurt (Oder)



Quelle: https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/LT2014/ergebnis100/karten/H_LT14_LTag_Sitze_karte.asp?sel1=1253&sel2=3025

4. Oktober 2014: Global Action Day gegen Kampf- und Überwachungsdrohnen in Berlin!

Überall auf der Welt protestierten am 4. Oktober die Menschen gegen die wachsende Bedrohung durch Drohnen, ob in Afghanistan, Gaza oder Mali, in Jemen, Pakistan, im Irak, an der Grenze Mexikos oder in Europa. Auch wir sind von Drohnen bedroht, die die Bundesregierung über unsere Köpfe hinweg anschaffen will.

*„Wir sagen NEIN.
Der Himmel gehört uns!
Drachen statt Drohnen“*

Foto: Uwe Hiksch

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

DIE LINKE wirkt in Brandenburg

von
Peer Jürgens,
Beeskow,
Mitglied des Landtages Brandenburg, Sprecher für Haushalts- und Finanzpolitik, Wissenschafts- und Forschungspolitik der Fraktion DIE LINKE

Kontakt:
■ Bürgerbüro Fürstenwalde
Eisenbahnstr. 146,
15517 Fürstenwalde
Tel./Fax:
(0 33 61) 3 69 89 81
Mobiltelefon:
(01 51) 59 01 77 63
■ Bürgerbüro Beeskow
Mauerstraße 27,
15848 Beeskow

Internet: **www.peer-juergens.de**
E-Mail: mail@peer-juergens.de

■ DIE LINKE fordert: Strukturschwäche der ostdeutschen Länder beim Länderfinanzausgleich weiter berücksichtigen

Die weiterhin unterdurchschnittliche Steuer- und Wirtschaftskraft der ostdeutschen Länder im Bundesvergleich muss auch in Zukunft im System des Länderfinanzausgleichs berücksichtigt werden. Die Wirtschaftskraft der ostdeutschen Bundesländer liegt um etwa ein Drittel unter dem Niveau der westdeutschen Länder, wie erneut aus dem Ende September in Berlin vorgelegten Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit hervorgeht. Der Bericht zeigt bedauerlicherweise einmal mehr, dass die Lücke konstant ist und der Abstand beim Steueraufkommen ähnlich groß ist. Diesen Realitäten muss Rechnung getragen werden. Das heißt, die ostdeutschen Länder wie Brandenburg werden auch nach 2019 die finanzielle Unterstützung der Solidargemeinschaft benötigen. Eine entsprechende Forderung hat Finanzminister Görke (DIE LINKE) bei der Beratung aller Finanzminister nochmals deutlich gemacht.

Zur Schaffung nachhaltiger und selbsttragender Strukturen in den ostdeutschen Ländern muss der wirtschaftliche Aufholprozess weiter befördert werden. Gerade in Brandenburg haben wir schon einiges erreicht. Aber dieser Prozess darf nicht abgewürgt werden. Hierzu werden auch zukünftig überproportionale Anstrengungen zur Förderung der Wirtschaftskraft erforderlich sein. Dies umfasst neben der direkten Wirtschaftsförderung insbesondere Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie einen weiteren Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur.

■ Brandenburg stellt erneut Richter ein

Ende September nehmen weitere vier Richterinnen und zwei Richter ihre Arbeit an den Brandenburger Sozialgerichten auf. Von der Verstärkung profitieren zunächst die Standorte in Frankfurt (Oder) und Cottbus. Justizminister Dr. Helmuth Markov übergab die Ernennungsurkunden an die neuen Proberichter.

Trotz der bisherigen Personalverstärkungen und einer im bundesweiten Vergleich hervorragenden Erledigungsleistung der Brandenburger Sozialgerichte ist es bislang noch nicht gelungen, die durchschnittlichen Verfahrenslaufzeiten spürbar zu verkürzen. Das liegt vor allem an weiter steigenden Verfahrenszahlen im Zusammenhang mit den so genannten „Hartz-IV-Gesetzen“. Diese Gesetze sind oft handwerklich schlecht, lassen viel Raum zum Interpretieren und führen zu falschen Bescheiden.

Die Zahl der in Brandenburg jährlich eingehenden Klageverfahren hat sich seit dem Inkrafttreten der sogenannten „Hartz-IV-Gesetze“ 2005 mehr als verdoppelt. Während im Jahr 2004 11 613 Klage- und einstweilige Rechtsschutzverfahren anhängig gemacht worden sind, waren dies im Jahr 2013 bereits 24 136. Die Sozialgerichtsbarkeit des Landes Brandenburg ist vor diesem Hintergrund bereits in der abgelaufenen Legislaturperiode erheblich personell aufgestockt worden. Allein im Jahre 2010 sind 27 neue Planstellen im richterlichen und 36 neue Planstellen im nichtrichterlichen Dienst geschaffen worden.

Erste Synagoge in Brandenburg nach 1945

Im Land Brandenburg wird es voraussichtlich noch in diesem Jahr ein jüdisches Gotteshaus geben. Mit der Unterzeichnung des Kaufvertrages Mitte September ist der Weg frei für die Entwidmung der Evangelischen Schlosskirche in Cottbus. Damit wird die Schlosskirche in das Eigentum des Jüdischen Landesverbandes übergehen. Das Land hatte den Landesverband der Jüdischen Gemeinden mit einer Zuwendung von 582 000 Euro von der Kaufsumme freigestellt. Künftig will das Land jährlich 50 000 Euro für die Betriebskosten zahlen. Die feierliche Einweihung zur Synagoge ist noch in diesem Jahr geplant.

Dass Cottbus ein jüdisches Gotteshaus bekommt, ist eine historische Zäsur für das ganze Land. Erstmals seit dem Holocaust gibt es in Brandenburg wieder eine Synagoge. Brandenburg setzt sich für das Wiedererstehen jüdischen Lebens in Brandenburg ein und sieht dieses als Bereicherung an. Das Haus ist ein Zeichen für die Offenheit der Jüdischen Gemeinde in Cottbus und gleichermaßen Symbol für das gute Miteinander der Religionen.

Der Landesverband umfasst sechs Gemeinden an unterschiedlichen Orten in Brandenburg. Die Gemeinde in Cottbus wurde 1998 gegründet und zählt 420 Mitglieder.

von
Dr. Artur Pech
Schöneiche,
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE

Was immer ich auch noch lerne ...

Zur Sitzung des Kreistages Oder-Spree am 24. September 2014

Der Kreistag am 24. September wurde wesentlich von Initiativen der Fraktion DIE LINKE geprägt.

Mit der Beantwortung von Anfragen erfüllte der Landrat einen Beschluss des Kreistages, den unsere Fraktion bereits im April initiiert hatte. Dabei ging es um die Verbesserung der Situation Asylsuchender im Landkreis. Über die Verwirklichung des Beschlusses hatte der Landrat in der 2. Sitzung des Kreistages der neuen Wahlperiode zu berichten. Berichtet wurde über

- die Anstrengungen zur Unterbringung in Wohnungen;
- die Sicherung der medizinischen Versorgung, ohne die Betroffenen für die Beschaffung eines dafür erforderlichen Papiers jeweils zu einem Weg nach Beeskow zu nötigen;
- den Schulbesuch in Fürstenwalde oder Bad Saarow;
- die differenzierte Arbeit des Jugendamtes zur Betreuung von Kindern bis zu und über drei Jahren und die Verhinderung von Gefährdungen des Kindeswohls sowie eine Reihe weiterer Fragen der Organisation der Arbeit und der Zusammenarbeit der kommunalen Verwaltungen.

Nach der Beantwortung dieser Anfragen gab es eine weitere von der LINKEN initiierte Neuigkeit. Auf Initiative unserer Fraktion hatte sich der Kreistag in der ersten Sitzung seiner neuen Wahlperiode darauf verständigt, dass es künftig zu den Sitzungen des Kreistages einen Geschäftsbericht des Landrates geben soll. Das wurde nun am 24. September erstmalig so praktiziert. In diesem Bericht ging es dann unter anderem auch um Probleme der Asylbewerber. Sie betrafen die medizinischen Erstuntersuchungen, um die sich bisher der Landkreis zu kümmern hatte. Nunmehr ist eine Rechtsverordnung in Arbeit, mit der die Zuständigkeit einschließlich der Finanzierung auf das Land übergeleitet werden soll.

Zeichnung: Klaus Struttmann

Entschließungsantrag zum Ersatzneubau der Schleusen in Fürstenwalde und Kleinnmachnow

Ebenfalls von unserer Fraktion war der Antrag für eine Entschließung des Kreistages zum Ersatzneubau der Schleusen in Fürstenwalde und Kleinnmachnow eingebracht worden. Wir folgten mit dieser Initiative einem entsprechenden Beschluss unserer Kreismitgliederversammlung.

Neben der großen Mehrheit, mit der dieser Antrag im Kreistag beschlossen wurde, sind in diesem Zusammenhang zwei Details bemerkenswert.

Erstens Herr Vogelsänger (SPD) bestätigte in der Diskussion, dass unser Antrag wegen der gegenwärtig laufenden Entscheidungsprozesse genau zum richtigen Zeitpunkt gekommen ist. Und gerade weil das so ist, konnten SPD und CDU wohl diese Initiative der LINKEN nicht stehen lassen und brachten einen Änderungsantrag ein. Da es hier um eine wichtige Frage für die Region geht, habe ich mich in dieser Sache dann auf keine Scharmützel eingelassen. Die erfolgreiche Beendigung unserer Initiative war wichtiger. Ein interessantes zweites Detail am Rande: Bei der Diskussion zu diesem Problem war dann im Kreistag erstmalig von einer neuen Kreiskoalition zwischen CDU und SPD die Rede. Es steht dahin, ob es sich da um einen Versprecher von Herrn Vogelsänger handelte.

Antrag „Angemessene Kosten der Unterkunft“

Wichtig war unser Antrag zu den angemessenen Kosten der Unterkunft. Der Antrag wurde von der Koalition und der Verwaltung abgelehnt. Für das bessere Verständnis der Zusammenhänge wird nachfolgend sowohl der Antrag als auch meine Antragsbegründung dokumentiert.

Bemerkenswert ist die Ignoranz, mit der den dargestellten Zusammenhängen begegnet wird. Wenn schon den Fakten nicht widersprochen werden kann, so handelt es sich nach den Worten von Herrn Hilke (CDU-Teil der Koalition) um Einzelfälle, die es nicht Wert sind, mit einem Beschluss des Kreistages behandelt zu werden.

Was bleibt, ist die Feststellung: Resignation zählt nicht. Wenn der Kreistag die Verwaltung nicht zu einer die Bezeichnung verdienenden „Prüfung der Einzelfälle“ veranlassen will, dann müssen die Betroffenen, dann müssen wir eine solche Überprüfung in jedem einzelnen Fall erzwingen. Damit wird keine Gnade sondern die Pflicht der Verwaltung eingefordert. Das ist mühevoll, aber unumgänglich.

Dafür ist es auch hilfreich, wenn im Bericht der *MOZ* vom 27. September erwähnt wurde, „dass bereits jetzt jeder Fall einzeln geprüft werde“ (im Internet unter *„http://www.moz.de/heimat/lokalredaktionen/beeskow/artikel2/dg/0/1/1329934/“*). Mit Blick auf die Rechtslage kann die Verwaltung da nichts anderes sagen. In der Praxis darf diese Einzelfallprüfung aber nicht mehr auf den formalen Vergleich des Einzelfalls mit den Werten der Richtlinie reduziert und bei Überschreitungen ohne weitere Betrachtung der Umstände den Betroffenen in die Tasche gegriffen werden. Denn nur so kann ich das mit Stempel und Unterschrift versehene Bürokratendeutsch verstehen: „Angebot ist nicht angemessen. Kosten können nur in Höhe der Angemessenheit übernommen werden.“ Die zehn bis zwanzig Euro, die mir so allein aus Entscheidungen von Ende August 2014 bekannt wurden, werden dann aus dem schmalen Regelsatz der Hartz-IV-Betroffenen in die Entlastung des Kreishaushaltes „umgeschichtet“.

Wenn dieses Herangehen durch die Auseinandersetzungen im Kreistag tatsächlich ein Stück weit zurückgedrängt wird, dann haben wir etwas gekonnt.

… das bleibt (nach Brecht) das Einmaleins.

DOKUMENTIERT

Antrag „Angemessene Kosten der Unterkunft“, Sitzung des Kreistages am 24. 9. 2014

Der Kreistag möge beschließen:

1. Bei der Ermittlung der angemessenen Kosten der Unterkunft wird in Erkner und Schöneiche grundsätzlich eine Einzelfallprüfung durchgeführt.
2. Bei Überschreitung der in den Richtlinien ausgewiesenen „Angemessenheitsgrenzen“ ist grundsätzlich auch in den anderen Kommunen des Landkreises eine Einzelfallprüfung durchzuführen.
3. Die Überschreitung der in der Richtlinie ausgewiesenen Werte für die Angemessenheit der Kosten der Unterkunft ist ohne eine Prüfung des Einzelfalls keine Grundlage für die Ablehnung von Leistungen.
4. Durch das Jobcenter/Amt für Grundsicherung wird unverzüglich ein Gutachten zur Ermittlung der tatsächlichen Kosten der Unterkunft im Landkreis in Auftrag gegeben. Bei diesem Gutachten sind die Ergebnisse des im Auftrag des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg erstatteten Gutachtens „Mietsituation im Land Brandenburg zur Festlegung von Gebieten nach § 558 Abs. 3 BGB“ zu beachten (insbesondere hinsichtlich der Differenz zwischen Angebots- und Vergleichsmiete).
5. Die Kommunen des Landkreises werden über diesen Beschluss informiert.

Begründung des Antrages „Angemessene Kosten der Unterkunft“ durch Dr. Artur Pech

Sehr geehrte Damen und Herren,

den formalen Anstoß für den hier eingebrachten Antrag gab die von der Landesregierung am 8. Juli beschlossene Mietpreisbremse.

Aus dem Landkreis Oder-Spree wurden Schöneiche und Erkner in diese Verordnung aufgenommen. Nun betrifft die Mietpreisbremse ein anders Segment des Wohnungsmarktes als das, in dem eine amtliche Prüfung der „Angemessenheit“ von Kosten der Unterkunft erfolgt.

Die Verordnung stützt sich jedoch auf eine Studie, in der für die Region, in der sich Erkner und Schöneiche befinden, im Vergleichszeitraum für die Angebotsmiete Preissteigerungen zwischen 10,2 Prozent und 11,8 Prozent ermittelt wurden. Danach liegt die Vergleichsmiete gegenwärtig bei 5,59 Euro/m² und die Angebotsmiete bei 7,11 Euro/m².

Aktuell beträgt die Differenz zwischen der Vergleichs- und der Angebotsmiete 27,3 Prozent oder 1,52 Euro.

Mit der gegenwärtig gültigen Kosten der Unterkunft (KdU)-Richtlinie wurden für Schöneiche und Erkner als Angemessenheitsgrenze zwischen 5,98 Euro/m² und 5,51 Euro/m² festgelegt. Dies bewegt sich zwar auf dem Niveau der Vergleichsmiete, liegt aber um rund 1,50 Euro/m² unter der Angebotsmiete.

Wer aber aufgefordert wird, die Kosten der Unterkunft zu senken, weil er über der fiktiven Angemessenheitsgrenze liegt, der ist der Angebots- und nicht der Vergleichmiete ausgesetzt.

Diesen Umständen trägt die aktuelle KdU-Richtlinie des Landkreises nicht Rechnung. Diese Diskrepanz ist kurzfristig über eine Prüfung der Einzelfälle und längerfristig auch durch eine Neufassung der Richtlinie zu lösen.

Im Landkreis Oder-Spree werden gegenwärtig mindestens teilweise die in der KdU-Richtlinie enthaltenen Werte als absolute Grenzwerte behandelt und mit dieser Begründung auch Anträge auf Leistungen für Kosten der Unterkunft negativ entschieden. Diesem Zustand ist dringend abzuhelfen. Denn tatsächlich können das nur Richtwerte zur Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens sein, bei deren Überschreitung die Bedingungen des Einzelfalls zu prüfen sind. Schließlich heißt es in § 22 Abs. 1 SGB II eindeutig: „Bedarfe für Unterkunft und Heizung werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen anerkannt, soweit diese angemessen sind.“

Neben den grundsätzlich ungeklärten Problemen sind auch im Verwaltungsvollzug Fragen offen, die sich kaum aus individuellen Fehlleistungen erklären lassen. Sie müssen geklärt werden, denn sonst bringt auch die Einzelfallprüfung nichts.

Am 28. August 2014 hat die Gemeinde Schöneiche bei Berlin einem Wohnungssuchenden eine Wohnung angeboten. Es handelte sich um eine einzelne Person, für die nach den aktuellen Grenzwerten der Richtlinie eine Wohnungsgröße bis zu 50 m² angemessen sein soll. Die angebotene Wohnung ist 48,78 m² groß und damit unter diesem Aspekt angemessen.

Die Richtlinie sieht nun vor, dass in diesem Falle eine Bruttokaltmiete von 290,50 Euro und Heizkosten von 75 Euro, insgesamt also Kosten der Unterkunft von 365,50 Euro angemessen sein sollen. Die von der Gemeinde angebotene Bruttowarmmiete beläuft sich auf 338,90 Euro und liegt damit um 26,60 Euro unter diesem Wert. Man sollte meinen, dass damit kein Problem bestehen sollte.

Und dennoch findet sich auf dem Angebot mit dem Stempel des kommunalen Jobcenters die Bemerkung: „Angebot ist nicht angemessen. Kosten können nur in Höhe der Angemessenheit übernommen werden.

Nach der geltenden Richtlinie wird nur eine Bruttokaltmiete von 290,50 Euro anerkannt. Aus der Sicht der Bürokratie scheint es dann unwichtig zu sein, dass die Mehrkosten von 18,40 Euro bei der Kaltmiete eine Minderung von 45 Euro bei den Heizkosten gegenüber den Werten der Richtlinie erbringen.

Wer nun hoffen mag, es handele sich hier um eine einmalige Entgleisung, den muss ich enttäuschen. Unter dem gleichen Datum liegen mir zwei weitere identische Entscheidungen vor. Es handelt sich damit wohl eher um Dienst nach Vorschrift.

Es mag ja sein, dass die zuständigen Mitarbeiter formal ihre Entscheidung aus dem Text der geltenden KdU-Richtlinie ableiten können. Das spricht dann aber weder für die Richtlinie noch für die Mitarbeiter. Es spricht vielmehr für eine Änderung der Richtlinie und für eine Änderung der Verwaltungspraxis im Sinne von § 22 SGB II.

Schließlich führen Modernisierungen zwangsläufig zu einer höheren Bruttokaltmiete, bringen aber – wenn die gut gemacht sind – eben auch Einsparungen bei den Heizkosten mit sich.

Die gegenwärtige Verwaltungspraxis schürt soziale Unsicherheiten und fördert Mietnomadentum. Was ist schließlich davon zu halten, wenn im Ergebnis des Einbaus von Fahrstühlen in Wohnblöcke in Erkner Menschen, die teilweise vor Jahrzehnten zu den Erstbeziehern dieser Häuser gehörten und stets angemessen wohnten, jetzt dazu aufgefordert werden, ihre Kosten der Unterkunft zu mindern?

Man könnte sagen, sie werden in unsanierten Wohnraum vertrieben. Der wird aber immer knapper. Und die erwähnte Studie für das Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft macht deutlich, dass auf dem Markt der Angebotspreise Wohnungen mit den der KdU-Richtlinie entsprechenden Werten nicht mehr zu haben sind. Davor darf der Kreistag die Augen nicht verschließen, denn der gegenwärtige Zustand führt zur Vertreibung der Betroffenen aus ihrem Wohnort oder zwingt sie in die Schuldenfalle.

Ich gehe davon aus, dass der Kreistag eine solche Alternative nicht wollen kann und bitte Sie daher, unserem Antrag zuzustimmen.

Ein Leben für die Landwirtschaft

Fragen an Heinz Drescher, Schöneiche, einlässlich seines 80. Geburtstages

Lieber Heinz Drescher, du wurdest im September 80 Jahre alt. Das heißt, du hast in einem langen Leben schon viel erlebt. Kannst du uns etwas über dich erzählen?

Ich wurde als zehntes Kind auf dem kleinen (13 ha), aber gut geführten Bauernhof in Niederschlesien geboren. Als ich zehn Jahre alt war, starb meine Mutter. Am 9. Februar 1945 verließen wir auf behördliche Anordnung mit Pferd und Wagen unsere Heimat. Die drei Wochen Treck werde ich nie vergessen, das wäre eine Erzählung für sich. Wir erlebten zum Ende des Krieges noch den Beschuss der Amerikaner, denn wir lagen zwischen der sowjetischen und amerikanischen Front. Der danach verspätet angetretene Treck in die Heimat endete im Kreis Bautzen. Mein Vater wollte den Verlust der Heimat und seines Hofes nicht wahr haben. So arbeiteten er, mein nächst älterer Bruder und zwei Schwestern für die Unterkunft, für Futter für die Pferde und Lebensmittel für die Familie vier Jahre auf einem infolge der Kämpfe in den letzten Kriegswochen weitgehend devastiert gewesenen Großbauernhof. Auch ich hatte meine Pflichten, sogar als Kutscher der Erntewagen vom Feld zur Scheune mit wechselnden Gespannen. Schule war eine Sache nebenbei! Kein Radio, keine Zeitung in dieser Zeit und folglich keine realen Zukunftsziele.

Hoffnung und eine Zukunftsvorstellung kamen auf, als ich Aufnahme bei einer meiner Schwestern in der kleinen Bauernwirtschaft ihrer Schwiegereltern in der Nähe von Waldheim fand und sie den Großmut besaß, mich auf die Oberschule zu schicken. Es war anfangs ein schwerer Weg.

Die Direktorin der Schule hatte in der Nazizeit im Waldheimer Zuchthaus in Einzelhaft gesessen. Sie überzeugte mich zur Teilnahme an philosophischen Seminaren und wies mich damit auf den sozialistischen Weg. In der FDJ engagiert, wuchs mir mit den Erlebnissen das eigene Selbstvertrauen. Ich war bald Funktionär und blieb es bis heute.

Nach recht gutem Abitur gab es für mich keinen anderen Weg als das Studium der Landwirtschaftswissenschaften. Praktische Kenntnisse hatte ich ja schon gewonnen. Mich reizte das Bestreben, die mühsame schwere Arbeit zu verändern. Die ersten sowjetischen Mähdrescher auf den Feldern der früh gegründeten Genossenschaft im Nachbardorf steigerten meine Erwartungen. Fünf Jahre Studium in Leipzig mit eingeschlossener Lehre und Praktika in sozialistischen Betrieben und Einrichtungen zum Diplomlandwirt eröffneten meiner Generation große Chancen, aber auch Verpflichtungen. Und weil man durch kostenlose Ausbildung und ein gutes Leistungsstipendium dem Staat dankbar war, nahm man die Verpflichtung, dort zu arbeiten, wo man gebraucht wurde, als selbstverständliche Gegenleistung an.

Ich entsprach dem Wunsch von Professor Rosenkranz, bei dem ich eine sehr gut bewertete Diplomarbeit abgeliefert hatte, und blieb als wissenschaftlicher Assistent an der Uni. Vier Jahre dauerte die Zusammenarbeit mit ihm, das letzte an der Akademie für Landwirtschaftswissenschaften in Berlin. Es folgte ein Jahr wissenschaftliche Mitarbeit am neu entstandenen Bezirksinstitut für Landwirtschaft in Leipzig, dessen Direktor ich danach für fünf Jahre wurde. Der folgende Auftrag führte mich in den Rat für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft des Bezirkes Leipzig als 1. Stellvertreter für vier Jahre und ein weiteres Jahr als dessen Vorsitzender. Diese Zeit in Leipzig war eine harte Schule. Mit Befriedigung denke ich daran zurück, sozialistische Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft mitgestaltet zu haben und sich die Versorgung der Bevölkerung ständig verbesserte.

Dein Weg führte dich auf die höchste Ebene der SED. Du hast im ZK-Apparat gearbeitet. Wie siehst du deine Arbeit heute?

Auf dem Bauernkongress 1972 in Leipzig war ich wohl dem Abteilungsleiter Landwirtschaft des ZK der SED aufgefallen. Ich ging den Schritt. Anfangs war ich sehr enttäuscht über den Arbeitsstil, das Reglementieren der Mitarbeiter, die sehr selektive Übermittlung von Informationen. Die Abteilung wieder verlassen zu können, konnte ich mir nach einer ordentlichen Kopfwäsche aus dem Kopf schlagen und habe getan, was ich für meine Pflicht hielt: sachliche Analysen zur Entwicklung der Landwirtschaft mit notwendigen Vorschlägen unter Beachtung der vorgegebenen Richtungen. Ich habe mir und einigen vertrauten Genossen manchmal gesagt: Der Subjektivismus ist ein großer Feind des Sozialismus. Doch ich habe Parteidisziplin geübt und den Zentralismus als Grundlage der Arbeit nicht in Abrede gestellt.

Meine damalige Arbeit für die Entwicklung der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft, für die ich freudig gearbeitet habe, kann ich mit gutem Gewissen positiv bewerten.

War die Entwicklung der Landwirtschaft in der DDR eine Erfolgsgeschichte?

Im Großen und Ganzen ja. Die objektiv notwendigen Prozesse der Konzentration und Spezialisierung wurden mit den Bauern und Landarbeitern gemeinsam gestaltet. Die arbeitenden Menschen erreichten eine hohe berufliche Ausbildung, ihre Arbeit wurde leichter und geregelter. Das Nahrungsangebot für die Bevölkerung war dank steigender Erträge reichlich und gut. Und wir hätten weit mehr erreicht, wäre die materielltechnische Ausstattung von der Volkswirtschaft nicht so minimal erfolgt.

Was hat eigentlich überlebt von der Struktur der Landwirtschaft?

Der überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Genossenschaften ist in ihrer Größenstruktur erhalten geblieben, musste sich allerdings nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz in neue juristische Formen wandeln. Die Hoffnung westlicher Politiker zu einer Rückkehr in kleinbäuerliche Strukturen ist nicht aufgegangen. Die Bauern als Eigentümer des Bodens drückten ihr Vertrauen in den Nachfolgebetrieb dadurch aus, dass sie ihm den Boden verpachteten, und das auch dann, wenn sie selbst keine Arbeit mehr in ihm gefunden hatten.

Heinz Drescher am 10. Juni 2007 im Festumzug beim Heimatfest in Schöneiche

Viele sogenannte Wiedereinrichter sind Großbauernbetriebe überwiegend auf Pachtland geworden. Gegenwärtig wird mit Kapital versucht, neue Strukturen zu schaffen, indem Land von Bauern und aus dem Treuhandfond aufgekauft und Landverpächter mit höheren Pachtvergütungen aus den bestehenden Nachfolgebetrieben der LPG abgeworben werden. Auch der Kampf der Grünen für die Rückkehr zu bäuerlichen Strukturen gegen eine industriemäßige Produktion richtet sich gegen die Nachfolgebetriebe und ist für mich das Gleiche wie die Maschinenstürmerei zu Ausgang des 19. Jahrhundert.

Gab es eine Zeit, schon im Parteiapparat, wo du gemerkt hast, das Ganze geht schief?

Wie ich schon sagte, hatte man Einblicke in die Widersprüche unser Volkswirtschaft, in Defizite bei der Arbeitsteilung im RGW und in die zunehmenden Schwierigkeit, als Exportland – abgehängt von wissenschaftlich technischen Entwicklungen im Weltmaßstab durch die Embargopolitik des Westens – eine Exportrentabilität zu erreichen. Die wachsenden Valutaschulden machten nicht nur mir Sorgen. Und noch mehr Sorgen machte mir die fehlende Aufklärung der Bevölkerung, ja selbst der Parteimitglieder, über die ernsten Widersprüche. Die von Günter Mittag über den Generalsekretär betriebenen ausschließliche Erfolgsmeldekampagne erregte Kopfschütteln.

Eine Korrektur musste kommen! Aber man hat ja immer noch den großen Bruder im Rücken gesehen und daher solche gravierenden Verwerfungen wie die Wende nicht erwartet.

Kannst du dich noch an deinen letzten Tag im ZK erinnern?

An jenem Tag Anfang Januar war für mich klar, dass ich nicht nur nichts mehr am Lauf der Zeit beeinflussen konnte, sondern auch mein Leben einen Bruch erlitten hatte. Praktische Arbeit konnte mich offensichtlich nicht schrecken.

Ich haderte nicht und ging als Arbeiter, bald darauf auch als Mitglied in die Gärtnerische Produktionsgenossenschaft (GPG) Schöneiche. Auch hier konnte ich die zentrifugalen Kräfte nicht beeinflussen. Die Genossenschaft löste sich Ende 90 in neun verschiedene Unternehmen auf und ein Teil der Mitglieder im Gemüsebau blieb als Arbeitslose auf der Strecke. Da war auch ich dabei. Ich konnte aber bald organisieren, dass sich in Gebäuden der GPG ein Gemüse- und Obstmarkt ansiedelte und für einige Mitglieder ein neuer Arbeitsplatz entstand. Dort war ich stellvertretender Lagerleiter, Arbeiter und Verkäufer in einem bis zum Eintritt in den Vorruhestand 1994, als das Unternehmen auf eine Insolvenz zusteuerte.

Dann kam die Zeit, wo du aktiv in der PDS mitgearbeitet hast. Was hast du in der neuen Partei vor allem gelernt?

Geduld zu haben und mich von der Partei nicht zu trennen, wenngleich viele meiner eigenen Überzeugungen in ihr nicht mehr vorkommen. Es ist meine Überzeugung: Es braucht eine organisierte und gebündelte linke Kraft, um in der Gesellschaft etwas bewirken zu können. Ich habe daher Parteiaustritte aus ideologischen Gründen und als Reaktionen auf politisch strittige Vorgänge in der Partei oder bestimmten Gliederungen nur für falsch gehalten.

War der Entschluss, dich als Kandidat für die Gemeindevertretung zu stellen, schwer für dich?

Nein, gar nicht. Ich habe mich immer in gesellschaftliche Vorgänge eingebracht, hatte dafür mein Selbstbewusstsein 1994 nicht verloren, war dafür auch qualifiziert und hatte die breite Unterstützung der Genossen der Basis, die mich auch brauchten. Diese praktische Arbeit vor Ort habe ich der Aufforderung von Hans Modrow vorgezogen, mich in die Aufarbeitung der Tätigkeit im ZK und der Konzipierung der Landwirtschaftspolitik der PDS zu widmen.

Du bist ein von allen Gemeindevertretern anerkanntes Mitglied dieses Gremiums gewesen. Was war eigentlich dein größter Erfolg oder sagen wir, mit welchen Ergebnissen in der Abgeodneten-Arbeit warst du besonders zufrieden?

Ich war über drei Wahlperioden erster Stellvertreter des Vorsitzen der Gemeindevertretung und lange Zeit Fraktionsvorsitzender. Außer in diesen Funktionen bin ich vor allem durch meine gründliche Bearbeitung der Haushaltsfragen und seiner Kontrolle anerkannt worden. Damit habe ich auch den größten Erfolg nicht allein unserer Fraktion mit gesichert, dass nämlich die sogenannten freiwilligen Leistungen und ein gewisses Maß an sozialer Verantwortung bei Gebühren erhalten wurden.

Heinz Drescher am 30. August 2014 mit erwartungsvollem Blick auf seine Geburtstagsgäste

Wie schätzt du die Zusammenarbeit mit Bürgermeister Heinrich Jüttner ein?

Ich habe immer das Gespräch mit ihm gesucht, ihn gelobt (z. B. gleich bei seinem ersten Auftritt mit seinem Arbeitsbericht, was er auch nicht vergessen hat), und mich mit ihm in den Sitzungen, in individuellen Gesprächen oder Briefen auseinander gesetzt. Eine gewisse Distanz zu ihm ergibt sich nur daraus, dass er eine direkte Zusammenarbeit mit der LINKEN vermeiden möchte, obgleich er auch in Teilen linke Positionen vertritt.

Obwohl ihn viele LINKE bei der letzten Stichwahl gegen einen CDU-Kandidaten unterstützt haben, gibt er und arbeitet unabhängig. Es gab und gibt allerdings in unserer Fraktion auch persönliche Ablehnungen seiner Arbeitsweise. Das ist eben die Vielfalt in der LINKEN, die ich zu akzeptieren gelernt habe. Ich suche zeit meines Lebens immer den Ausgleich, achte die Persönlichkeit anderer solange, wie ich Vernunft und ehrliches Bemühen um die Sache verspüre und mir kein krasser reaktionärer Gegenpol gegenüber tritt.

Heinz, vielen Dank für deine freimütigen Auskünfte. Ich wünsche Dir eine stabile Gesundheit und noch viel Freude an jedem Tag der neu beginnt.“

Das Interview führte Jürgen Rahne, Schöneiche

Entwurf einer Erklärung des Bundesausschuss auf seiner Sitzung am 21. September 2014 – eingebracht von Hans Modrow, Vorsitzender des Ältestenrates der Partei, und Artur Pech, Mitglied im Bundesausschusspräsidium. Die Erklärung wurde mit wenigen Ergänzungen und Änderungen beschlossen.

DIE LINKE, der Frieden und die deutsche Einheit. Jubiläen im politischen Kampf

Wir leben in einer Zeit, in der Jubiläen bis in die Konflikte der Gegenwart ausstrahlen.

Das waren zum 1. August der 100. Jahrestag des Beginns des 1. Weltkrieges und zum 1. September der 75 Jahrestag des Überfalls des faschistischen Deutschland auf Polen und damit des Beginns des 2. Weltkrieges. Und zugleich werden in der Ukraine und im Gaza-Streifen Krieg geführt.

Am 2. Dezember wird es 100 Jahre her sein, dass Karl Liebknecht im Reichstag gegen eine Mehrheit auch aus der SPD-Fraktion die Kriegskredite ablehnte.

Am 8. Mai wird es 70 Jahre her sein, dass mit der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschlands in Berlin-Karlshorst der zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging und auch die Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus erreicht wurde.

Das Potsdamer Abkommen aus dem gleichen Jahr leitete in Europa eine 50-jährige Friedensperiode ein, die erst mit einem völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien unter Teilnahme Deutschlands, mit den Bomben auf Belgrad zu Ende ging.

DIE LINKE ist in diesem Kontext gefordert, ihre prinzipielle Position zur Frage von Krieg und Frieden deutlich zu machen.

Dies gilt um so mehr, als in dem gesamteuropäischen Prozess deutsche Fragen einen eigenen Platz einnahmen. Die vier Siegermächte konnten noch bevor der Kalte Krieg begann, das Potsdamer Abkommen miteinander vereinbaren. Nicht zuletzt spiegeln sich in der Teilung und der gegensätzlichen gesellschaftlichen Entwicklung der beiden deutschen Nachkriegsstaaten die Gegensätze zwischen den Siegermächten wider.

Da ist der 65. Jahrestag des Görlitzer Abkommens vom 6. Juli 1950 zwischen der DDR und der Republik Polen über die Oder-Neiße-Grenze, dessen Regelungen nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen 1990 von der BRD erst mit dem 2+4-Vertrag übernommen wurden.

Da sind vor allem auch, als Konsequenz des gescheiterten Sozialismusversuchs:

- der 9. November 1989 (Grenzöffnung noch auf Beschluss der SED),
- die Arbeit der Regierung Modrow von November 1989 bis April 1990,
- die mit dem Sonderparteitag der SED im Dezember 1989 einsetzenden Formierung der PDS als einer der beiden späteren Quellparteien der LINKEN.

Diese Ereignisse sind nicht nur Gegenstand historischer Bewertungen. 25 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur BRD vollzieht sich eine Zäsur in der deutschen Politik. Wesentliche Elemente des Einigungsvertrages sind leere Versprechungen geblieben und wurden nicht eingehalten. Aus dem demokratischen Aufbruch 1989 im Osten wurden ein bloßer Beitritt und ein für viele Menschen schmerzlicher sozialer Absturz. Soziale Errungenschaften der BRD und der DDR wurden nach der Wende geschleift.

Der Bundespräsident ruft öffentlich zur Kriegsbereitschaft auf. Solche Probleme spielen in den aktuellen politischen Auseinandersetzungen eine bedeutende Rolle.

Der Bundesausschuss schlägt dem Parteivorstand vor, sich in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der Historischen Kommission und weiteren Partnern den Problemen

- von Krieg und Frieden in Europa und in der Welt zum 70. Jahrestag der Befreiung;
- der nach der Wende geschleiften sozialpolitischen Errungenschaften;
- der Arbeit der Regierung Modrow in einer kritischen Phase der Entwicklung in Europa und in Deutschland und der Formierung der PDS
- des Sonderparteitages der SED-PDS

öffentlichkeitswirksam zu stellen, um Positionen linker Politik in der BRD und den europäischen Ländern stärker zu entwickeln und zu vertreten.

Begründung von Dr. Artur Pech zur Einbringung des Beschlussantrages – Auszüge

... Ich komme aus dem Landkreis Oder-Spree. Das ist der deutsche Landkreis, an dessen östlicher Grenze die Neiße in die Oder mündet. Da haben Grenzfragen auch in den jüngsten Landtagswahlen ihre eigene Rolle gespielt. Ich möchte in diesem Zusammenhang an zwei Faktoren erinnern: Um die Oder-Neiße-Grenze gab es in der gesamten Zeit der Existenz der DDR scharfe Auseinandersetzungen.

... Während sich die BRD-Regierung unter Kanzler Kohl noch weigerte, diese Grenze anzuerkennen, betonte Hans Modrow bei seinem Besuch am 16. Februar 1990 in Warschau, dass der Vertrag von Zgorzelec, der 1950 zwischen der DDR und Polen abgeschlossen worden ist, bindendes Völkerrecht bleibe ... Und er hat Recht behalten. Der später zwischen der Republik Polen und der BRD abgeschlossene Vertrag bezieht sich zum Verlauf dieser Grenze explizit auf den im Vertrag zwischen der Republik Polen und der DDR vom 6. Juli 1950 festgelegten Grenzverlauf. Das ist bemerkenswert, da die BRD sonst großen Wert darauf legte, die völkerrechtlichen Verträge der DDR möglichst spurlos aus der Welt zu schaffen ... Gerade wegen dieses Hintergrundes ist auch heute den mit dieser Grenze verbundenen Fragen mit großer Sensibilität zu begegnen.

Nun werden gegenwärtig von der AfD und auch von der CDU weitere Ressentiments geschürt, die sich mit den Begriffen Grenzkriminalität und der Forderung nach mehr Polizei zusammenfassen lassen.

Ich habe gelegentlich innerhalb unserer Partei vernommen, dass wir uns auf eine derartige Diskussion nicht einlassen sollten. Ich halte eine solche Verweigerung für falsch. Es ist doch so, dass tatsächlich Probleme in den Grenzregionen bestehen. Sie werden durch die Betonung repressiver polizeilicher Mittel zugespitzt, wo ein Abbau durch die Überwindung des Wohlstandgefälles an dieser Grenze erforderlich ist. Auch für den Umgang mit diesem Problem gibt es aus der Zeit der Regierung Modrow Erfahrungen. Ab dem 24. November 1989 wurden Maßnahmen gegen Schieber und Spekulanten ergriffen. Beim Vollzug dieser Maßnahmen kam es auch zu von der Regierung nicht gewollten und bekämpften ausländerfeindlichen Tätlichkeiten ...

Mir klingt eine Woche nach der Landtagswahl die von Hans auf dem Parteitag ausgesprochene Mahnung in den Ohren, das Vertrauen unserer Wählerinnen und Wähler werde „abschmelzen, wenn eigenes Profil unscharf wird, sei es im Einsatz gegen soziale Ungerechtigkeit oder auch bei der Darstellung deutscher Nachkriegsgeschichte.“ ...

Wir können von der politischen Konkurrenz für die Entwicklung dieses Profils Beifall nicht erwarten. Sie bleibt dennoch Existenzbedingung für DIE LINKE.

Zur Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der BRD vor 65 Jahren

Aufbruch der Arbeiterbewegung oder „verhinderte Neuordnung“

Am 13. Oktober 1949 wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) gegründet. Diese Gründung war jedoch nicht Beginn, sondern Abschluss des Aufbauprozesses der (west)deutschen Gewerkschaften nach der Niederlage des deutschen Faschismus, die allein dem militärischen Eingriff der Alliierten zu verdanken war.

Es war keine Revolution „von innen“ wie im November 1918, sondern 1945 fast ausschließlich(!) eine Intervention „von außen“, die die Rahmenbedingungen für die gesellschaftliche Neuordnung setzte. Das unterschied die Situation in Deutschland von der in anderen europäischen Ländern, zum Beispiel Italien. Dem widerspricht nicht, dass es einzelne erfolgreiche Versuche spontaner gewerkschaftlicher Selbstorganisation – so in Hamburg – gab. Schon fünf Wochen nach der Gründung einer „Sozialistischen Freien Gewerkschaft“ entzog die britische Militärregierung dieser die Genehmigung (politische Aktivitäten waren verboten, gewerkschaftliche Aktivitäten nur mit Zustimmung der zuständigen Besatzungsmacht möglich).

Die Konditionen für den (überbetrieblichen) gewerkschaftlichen Neuanfang wurden also im wesentlichen von den Siegermächten bestimmt und folgten damit der Logik des sich entwickelnden „Kalten Krieges“. Zwar bemühten sich die Gewerkschaften seit November 1946, zu einer gesamtdeutschen Zusammenarbeit zu kommen, doch spätestens mit der als „Währungsreform“ bezeichneten Währungsspaltung war dieser Versuch gescheitert.

Erfolgreich entwickelte sich nach Kriegsende der Aufbau betrieblich-gewerkschaftlicher Interessenvertretungen, im Frühjahr 1946 regelte der Alliierte Kontrollrat einheitlich für alle Besatzungszonen die Einrichtung von Betriebsräten durch demokratische Wahlen.

Die Neugründung der Gewerkschaften als überbetriebliche Interessenvertretung wurde ebenfalls durch eine Direktive des Alliierten Kontrollrats (3. Juni 1946) geregelt. In Übereinstimmung mit der Auffassung der deutschen Seite sollte die Aufspaltung in weltanschaulich-politische Richtungsgewerkschaften verhindert werden. Über das Ziel der Einheitsgewerkschaft gab es jedoch Differenzen sowohl zwischen den deutschen Gewerkschaftsgruppen als auch unter den Besatzungsmächten. So wollten führende deutsche Gewerkschafter wie der spätere DGB-Vorsitzende Hans Böckler eine (!) Einheitsgewerkschaft, die sowohl Richtungsgewerkschaften als auch das Industrieverbandsprinzip ausschließt. Der tatsächliche Aufbauprozess entwickelte sich jedoch anders. In der Sowjetischen Besatzungszone wurde mit Hilfe (und unter Kontrolle) der Besatzungsmacht der Aufbau des FDGB nach dem Industrieverbandsprinzip rasch vorangetrieben. In den westlichen Besatzungszonen blockierten die Besatzungsmächte einen schnellen Organisationsaufbau mit einer zentralistischen Struktur.

Mit dem Marshallplan und der bereits erwähnten „Währungsreform“ wurden die Weichen für die Gründung der Bundesrepublik gestellt, der die der DDR folgte. Die Gewerkschaften folgten der Entwicklungslogik der Spaltung in zwei deutsche Teilstaaten mit konkurrierenden Gesellschaftssystemen. In der DDR wurde der FDGB Teil des staatlichen Systems und verlor die Funktion der unabhängigen Interessenvertretung der „abhängig Beschäftigten“, die es in der Logik eines sozialistischen Staates nicht (mehr) gab.

In den westlichen Besatzungszonen und dann in der neu gegründeten Bundesrepublik verlangten die Gewerkschaften (mehrheitlich) eine gesellschaftliche Neuordnung, orientiert am Konzept der „Wirtschaftsdemokratie“. Dieses Konzept kann durchaus als Versuch eines „Dritten Weges“ zwischen Kapitalismus und bürokratischem Staatssozialismus bezeichnet werden. Das Wirtschaftsprogramm des DGB (ebenfalls auf dem Gründungskongress verabschiedet) enthält Forderungen nach Vollbeschäftigung, umfassende Mitbestimmung auch bei wirtschaftlichen Entscheidungen, Überführung der Schlüsselindustrien und der Kreditinstitute in Gemeineigentum, volkswirtschaftliche Rahmenplanung.

Dabei hofften die Gewerkschaftsführungen mehrheitlich auf parlamentarische Mehrheiten, die diese Forderungen übernehmen würden.

Der Lauf der Dinge ist bekannt: mit der Restauration der Bundesrepublik als Gesellschaft mit einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung gerieten die Gewerkschaften in die Defensive. Schon gegen den Marshallplan regte sich kaum Kritik, die „Währungsreform“ wurde zwar mit Blick auf die Verteilungswirkung kritisiert, war aber nicht Gegenstand massiver gewerkschaftlicher Aktionen.

Gewiss muss berücksichtigt werden, dass die Alltagssorgen und der Kampf um das tägliche Überleben die Mobilisierungsmöglichkeiten der Gewerkschaftsmitglieder einschränkten. Dennoch bleibt festzustellen: die Restauration („verhinderte Neuordnung“) wurde dadurch erleichtert, dass außerparlamentarischer Druck ausblieb.

Mit der Gründung des DGB als Dachverband von Einzelgewerkschaften mit fast fünf Millionen Mitgliedern wurde ein wichtiges Ziel der deutschen Gewerkschaftsbewegung erreicht: die (wenn auch eingeschränkte) Einheitsgewerkschaft!

Doch die Hoffnungen auf gleichberechtigte Teilhabe der Gewerkschaften am gesellschaftlichen Aufbau wurden enttäuscht. Bereits das Grundgesetz erbrachte nur wenige (teils interpretationsfähige) Festlegungen zur Sozial- und Wirtschaftsordnung. Das Ergebnis der 1. Bundestagswahl ergab nicht die von den Gewerkschaften erwartete parlamentarische Mehrheit der SPD. Damit fehlte die Grundlage für Veränderungen der Wirtschafts - und Sozialstruktur im Gesetzgebungswege. Und mit der Verabschiedung des „Betriebsverfassungsgesetzes“ am 11. August 1952 gegen alle Proteste der Gewerkschaften erlitten sie eine entscheidende Niederlage. Der Versuch, das Wirtschafts- und Sozialsystem in Kooperation mit dem Staat in ihrem Sinne umzugestalten, war gescheitert.

Die folgenden Jahrzehnte der deutschen Gewerkschaftsbewegung (West) waren geprägt von Erfolgen der Tarifpolitik bis in die 70er Jahre. Teilhabe am wirtschaftlichen Wachstum durch Lohnzuwächse und Arbeitszeitverkürzungen, sichere Arbeitsplätze bei (relativer) Vollbeschäftigung – fast entstand der Eindruck, der Kapitalismus habe sich „reformiert“ und sei human geworden.

Doch der Sprung zurück in die Gegenwart zeigt: Die Frage nach einer Neuordnung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung ist mindestens so aktuell wie im Oktober 1949!

Günther Waschkuhn, Gewerkschaftssekretär/ hbv 1974–2000, dann bis 2007 bei ver.di

Gewinnmaximierung

Patient Pflege am Spartropf der Politik

Janina Niemann-Rich

Kreisparteitag der LINKEN in Oder-Spree

18. Oktober 2014, 10 Uhr,
Fürstenwalde im Alten Rathaus, Am Markt 1

Themen:
- Analyse und Schlussfolgerungen aus dem Landtagswahlergebnis
- Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen
- Informationen zum Mitgliederentscheid

Gast: **Christian Görke** (Vorsitzender DIE LINKE Brandenburg, Finanzminister, Verhandlungsführer)

Herzlichen Glückwunsch

zum Geburtstag im Oktober 2014

1. 10.	Christel Homuth	Eisenhüttenstadt	83 J.
7. 10.	Vera Rückert	Eisenhüttenstadt	82 J.
11. 10.	Else Herlitschka	Beeskow	80 J.
11. 10.	Dr. Hildegard Maier	Schöneiche	88 J.
13. 10.	Andrea Pohl	Erkner	55 J.
14. 10.	Dr. med. Hans-Peter Conrad	Rietz-Neuendorf, OT Alt Golm	55 J.
16. 10.	Günter Zeuschner	Fürstenwalde	87 J.
18. 10.	Lutz Hanke	Fürstenwalde	65 J.
20. 10.	Günter Koehn	Erkner	85 J.
20. 10.	Edelgard Liebscher	Beeskow	80 J.
21. 10.	Peter Baumann	Grünheide, OT Hangelsberg	70 J.
21. 10.	Waltraud Richter	Storkow	80 J.
22. 10.	Rotraud Pfeiler	Storkow	75 J.
22. 10.	Günter Schreiber	Fürstenwalde	83 J.
24. 10.	Ruth Mogel	Storkow	83 J.
26. 10.	Ursula Krüger	Eisenhüttenstadt	81 J.
26. 10.	Hildegard Wuntke	Storkow	82 J.
27. 10.	Maud Wiegand-Kaufmann	Schöneiche	45 J.

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
Eisenbahnstraße 146 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: *kontakt@dielinke-oder-spree.de*
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–15 Uhr, Di. 10–12 u. 15–17 Uhr
Do. 10–14 Uhr, Fr. 10–12 Uhr
Kasse: Di. 15–17 Uhr u. Do. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow
Mauerstraße 27 • 15848 Beeskow
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Mi. 9.30–12.30 Uhr, Do. 14–17 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
Lindenallee 30 (Roter Laden) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon (0 33 64) 4 42 51
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr, Di. und Mi 10–12 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

Vorbereitung auf den Mitgliederentscheid

Die Koalitionsverhandlungen sollen bis 10. Oktober abgeschlossen werden. Die Mitglieder der LINKEN-Verhandlungsgruppe werden bei weiterhin positivem Verlauf den Koalitionsvertrag auf drei Konferenzen vorstellen, um alle Interessierten vom Inhalt in Kenntnis zu setzen und über das Ergebnis zu diskutieren. Drei die Termine stehen fest:

- **Aktivenkonferenz**
  11. 10., 10 Uhr, Tagungshaus Blauart, Werderscher Damm 8, **Potsdam**
- **Basiskonferenz Süd**
  15. 10., 18 Uhr, Friedensgedächtniskirche, Am Werk 8, **Lauchhammer**
- **Basiskonferenz Nord**
  17. 10, 18 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus, Am Markt 1, **Eberswalde**

Alle interessierten Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen! Die Auswertung des Mitgliederentscheids und gegebenenfalls die Nominierung der LINKEN-Minister wird auf der

- **3. Tagung des 4. Landesparteitages**
  1. November 2014, 10 Uhr
  Seminaris-Hotel Cottbus, An der Pirschheide 40, 14471 **Potsdam**

erfolgen.

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 7. 10., genaueres bei Fraktionsgeschäftsführerin erfragen
Fraktionsgeschäftsstelle: Eisenbahnstraße 146, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Fraktionsgeschäftsführerin: Monika Pooch, 15518 Beerfelde, Jänickendorfer Straße 55,
Tel. (03 36 37) 3 88 42, Fax 3 88 43, emk.pooch@t-online.de

Sitzungen im Oktober/November 2014

Ausschüsse des Kreistages Oder-Spree

Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit	14. 10., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU	15. 10., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Karl-Marx-Str. 11/12, KWU, Beratungsraum
Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft	16. 10., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport	4. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr	5. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Jugendhilfeausschuss	6. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Ausschuss f. Haushalt u. Finanzen	10. 11., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Kreisausschuss	12. 11., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkretere Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages *www.landkreis-oder-spree.de* entnehmen.

IMPRESSUM:
Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Eisenbahnstraße 146, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Dr. Elvira Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 49 62, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2 500
Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle LeserInnen werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE22170550503410533965, BIC: WELADED1LOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverbandes Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Eisenbahnstraße 146, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Woltersdorf: Baby-Begrüßung auf der Zielgeraden – Initiative der Fraktion DIE LINKE erfolgreich

Seit Jahresbeginn ist die Begrüßung der neuen kleinen Erdenbürger in Woltersdorf bei den jungen Familien – und nicht nur bei diesen – äußerst positiv aufgenommen worden, trotz vieler Unken-Rufe

Zahlreiche Anträge unserer Fraktion DIE LINKE – übrigens seit 2011, Neugeborene in Woltersdorf mit einer netten Geste willkommen zu heißen, scheiterten am permanent-politischen Gegenwind in der Gemeindevertretung. Ein Großteil der Abgeordneten von CDU, SPD und Woltersdorfer Bürgerforum (WBF) votierte grundsätzlich dagegen. Beispielsweise sollte im Haushaltsjahr 2014 eine Summe von 600 Euro bereitgestellt werden. Das hätte bei etwa 60 Geburten im Jahr einen Blumengruß für Zehn Euro bedeutet! Es war schon bedauerlich, wenn von der Abgeordneten Doernbrack (WBF), die bis zur Kommunalwahl 2014 gleichzeitig auch Vorsitzende der Gemeindevertretung gewesen ist, die Contenance nicht gewahrt wurde, indem sie unseren Vorschlag mit den Worten titulierte: „Sie sollten doch endlich mal mit diesem Schwachsinn aufhören“ (so geschehen in der Sitzung des Sozialausschusses am 26. November 2013).

Unsere Fraktion ließ aber nicht locker – ganz im Gegenteil: Zu Jahresbeginn wurde die Aktion, Mützchen und Söckchen für unsere neuen kleinen Erdenbürger zu stricken, erfolgreich gestartet; dazu noch ein Begrüßungspaket zusammengestellt.

Heute nun kann unsere Fraktion DIE LINKE folgendes konstatieren: Dem Wunsch vieler Eltern folgend, besuchten Rosemarie Gesche, Mitarbeiterin der Gemeindeverwaltung Woltersdorf und Antje Berthold-Riedel, unsere Initiatorin, seit 28. Februar in vier zeitlichen Abständen 25 junge Familien, um zur Geburt ihres Babys zu gratulieren. Diese persönliche Gratulation inclusive Überreichung des Begrüßungspaketes stieß durchweg auf positive Resonanz bei allen besuchten stolzen Eltern.

Mit ihrem Baby auf dem Arm erwarteten die meisten Muttis die Gratulanten bereits an der Haustür, auch manch „frischgebackener“ Vati ließ es sich nicht nehmen, persönlich beglückwünscht zu werden. Viele meinten sogar, warum man mit jener netten Geste erst in diesem Jahr begonnen habe.

Das Begrüßungspaket enthält besagte Mützchen und Söckchen in verschiedenen schönen Kreationen. Zahlreiche Woltersdorfer Seniorinnen strickten sehr fleißig. So beispielsweise die Frauen der Volkssolidarität und der Rheuma-Liga. Ein besonderes Lob gilt an dieser Stelle auch den Genossinnen Marlene Wegner und Waltraud Hochmuth. Unsere Waltraud engagierte sich mit – sage und schreibe – 29 Paar selbstgestrickten Mützchen und Söckchen. Eine ganze Reihe Woltersdorfer Bürger (und darüber hinaus) spendeten Wolle und Geld für den Materialkauf.

Jeweils mittwochs nahm und nimmt Frau Dr. med. Ursula Port (unsere Abgeordnete „im Ruhestand“) im Café des Vereins „Alte Schule“ die liebevoll gefertigten Stricksachen entgegen. Ursula Port war und ist Kommunikatorin zwischen den fleißigen Strickerinnen und der Gemeindeverwaltung. Mit viel Herz ein Arbeitsleben lang war sie Fachärztin für Gynäkologie und Geburtshilfe, begleitete sie mehrere Tausend Babys auf ihren Weg ins Leben.

Das private Engagement für diese Begrüßungsaktivität ergänzen außerdem die Zuwendungen der Sparkasse Oder-Spree (auch auf Initiative unserer Fraktion DIE LINKE) sowie die Glückwunschkarte des Bürgermeisters, die von Annerose Worm, für DIE LINKE Mitglied des Beirats des Eigenbetriebs Sport- und Freizeitanlagen Woltersdorf, gestaltet und persönlich gesponsert wurde.

An dieser Stelle allen Beteiligten ein herzliches Dankeschön.

Bei aller Freude über jene Form der Begrüßung, äußerten aber auch eine ganze Reihe von Eltern den Wunsch nach mehr Kita-Betreuungsplätzen hier im Ort.

Abgesehen vom jetzigen Begrüßungspaket, wäre es für die Zukunft doch wichtig, wenn die neu gewählte Gemeindevertretung im Haushalt 2015 entsprechende Mittel für einen Willkommensgruß bereitstellt. Eine gute Tradition könnte sich somit in Woltersdorf etablieren.

Antje Berthold-Riedel
Woltersdorf

TTIP und CETA stoppen

Erkämpfte Arbeits-, Verbraucher- und Umweltstandards sind zurzeit einer großen Bedrohung ausgesetzt: Denn EU-Kommission und US-Regierung verhandeln über ein umfassendes Freihandels- und Investitionsabkommen, genannt TTIP. Mit Kanada steht ein gleichgerichtetes Abkommen, genannt CETA, bereits kurz vor dem Abschluss. Die Details der Verhandlungen bleiben für die breite Öffentlichkeit im Dunkeln, aber mehr als 600 Wirtschaftslobbyisten nehmen dafür in geheimen Verhandlungen Einfluss darauf.

Klar ist: Bei den Verhandlungen geht es nicht um den Abbau von Zöllen. Diese sind zwischen der EU und den USA bereits jetzt sehr niedrig. Gemeint ist der Abbau von Arbeitnehmerrechten, Verbraucher- und Umweltschutz. Auch die Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürgern durch die Kommunen ist in ihrer jetzigen Form gefährdet. Gleichzeitig sollen Konzerne künftig Staaten vor zweifelhaften privaten Schiedsgerichten auf Schadensersatz in Milliardenhöhe verklagen können, wenn neue Gesetze die Rendite schmälern.

Freihandelsabkommen bedrohen Arbeits-, Verbraucher- und Umweltstandards

Mit TTIP soll erlaubt werden, was in der Europäischen Union bisher aus gutem Grund verboten ist: Gentechnik im Essen, Hormonfleisch, mit Chlor desinfizierte Hähnchen sowie die Förderung von Gas und Öl mit giftigen Chemikalien, so genanntes Fracking.

Gegen europäische Arbeits- und Gewerkschaftsrechte könnten US-Konzerne klagen, europäische Pharmariesen die strengeren US-Regeln bei Medikamenten kippen.

Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA gestartet

Doch noch ist es nicht zu spät. Daher hat ein breites Bündnis aus über 200 Organisationen aus ganz Europa eine europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA gestartet. Gemeinsam mit vielen anderen will DIE LINKE innerhalb eines Jahrs mehr als eine Million Unterschriften sammeln und damit die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker in der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und den nationalen Regierungen zum Umdenken zwingen.

Werden auch Sie aktiv: Unterzeichnen Sie die europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA jetzt selbst und laden Sie viele andere ein ebenfalls mitzumachen.

www.ttip-stoppen.de